

Deutsche Gedenk-Heuchelei: Leitmedien verleugnen antizionistische Juden

14 Apr. 2026 09:57 Uhr

Kufiyas in Buchenwald? Aktivisten ignorierten am Wochenende ein Gerichtsurteil und protestierten in der KZ-Gedenkstätte gegen das Verbot, palästinensische Symbole zu zeigen. Deutsche Leitmedien wettern gegen angeblich "linksradikale Antisemiten" – und verschweigen: Demonstriert haben Juden.



© Urheberrechtlich geschützt

Teilnehmer des Ostermarsches in Berlin halten das Plakat "Juden gegen Genozid" hoch (April 2026).

Von Alexandra Nollok

Das diesjährige Buchenwald-Gedenken offenbarte einmal mehr die Heuchelei bezüglich der deutschen Aufarbeitung der Nazi-Verbrechen. Die KZ-Gedenkstätte nahe Weimar hatte Besuchern verboten, auf ihrem Gelände palästinensische Symbole zu zeigen, darunter die Kufiya, den Palästinenser-Schal. Eine Initiative meldete Protest dagegen an, ein Gericht untersagte dies. Sie tat es trotzdem an diesem Wochenende, dem Jahrestag der Selbstbefreiung der Häftlinge, und verbreitete ein Video davon. Nun beschimpfen zahlreiche Leitmedien die Aktivisten als "linksradikale Antisemiten" oder "kommunistische Drahtzieher" – unterschlagen aber etwas Entscheidendes: Demonstriert haben – für jeden erkennbar – antizionistische Juden.

Protest gegen "Missbrauch jüdischer Opfer"

Die Aufnahme der unerlaubten Protestaktion vom Samstag, die wegen des Verbots deutlich kleiner als geplant ausfiel, zeigt Personen in T-Shirts mit der deutlich lesbaren Aufschrift "Jews against Genocide",

auf Deutsch: Juden gegen Völkermord. Unter anderem das Internationale Jüdische Antizionistische Netzwerk [verbreitete das Video](#) in den sozialen Medien.

Wie die jüdische Organisation dazu mitteilt, hielt sie ihre Mahnwache an der Gedenkstätte gemeinsam mit dem deutschen Verein "Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost" ab. "Viele von uns sind Nachkommen von Überlebenden des nationalsozialistischen Völkermords", stellte sie klar und kritisierte die Buchenwald-Leitung. Diese habe ihre Mahnwache für alle Überlebenden von Völkermorden, insbesondere ganz aktuell in Palästina, verboten. Weiter schreibt der Verband:

"Trotzdem kamen wir an den Ort, an dem unsere Familien verfolgt und ermordet wurden, um die zynische philosemitische Instrumentalisierung und Verharmlosung des Völkermords der Nazis zurückzuweisen und anzuprangern. Dies ist eine Einschüchterungstaktik des deutschen Staates, um berechtigten Widerstand gegen den industriellen Massenmord in Gaza zu unterdrücken und die antizionistische Bewegung in ihrer Solidarität mit einem Volk, das sich Faschismus und Vernichtung widersetzt, zu kriminalisieren. Wir würdigen den Widerstand [...] von Buchenwald bis Gaza und ehren die Standhaftigkeit des palästinensischen Volkes. Es lebe Palästina!"

Vorwurf: "Geschichtsklitterung und Rassismus"

Der Verein "Jüdische Stimme", den Hessens Antisemitismus-Beauftragter Uwe Becker (CDU) [gern verbieten lassen](#) würde, kritisierte, der deutsche Staat instrumentaliere jüdische Opfer für Geschichtsklitterung und nicht zuletzt rassistische Erzählungen über Palästinenser und Muslime.

Per Staatsräson konstruiere Deutschland etwa [die falsche Erzählung](#), wonach alle Juden gleich dächten und Israels genozidale Verbrechen unterstützten. Der Staat ignoriere damit auch, dass die Nazis in Buchenwald nicht allein Juden inhaftiert und vernichtet hatten, sondern viele weitere verfolgte Gruppen, darunter politische Gefangene, wie Kommunisten und Sozialdemokraten, sowie Sinti, Roma und Arbeitslose.

Desinformation und Hetze

Die Existenz antizionistischer Juden, die gegen ihre Instrumentalisierung für das "rassistische israelische Regime" protestieren, passt offensichtlich nicht zur deutschen Staatsräson-Erzählung. Ganz ignorieren konnten die Leitmedien den Protest nicht, also ließen viele von ihnen einen wichtigen Fakt einfach weg: die jüdische Identität der Demonstranten.

Das [ARD-Meinungsschlachtschiff](#) Tagesschau erwähnte die abgehaltene Mahnwache gar nicht, sondern sprach just von einer "propalästinensischen Organisation", die eine Mahnwache geplant habe, die jedoch verboten wurde. Die ehemals liberale, heute [bellizistische Zeit](#), warf den Aktivisten mittels eines Zitats Dritter vor, den Holocaust zu relativieren, und "berichtete" von einer "linksradikalen, propalästinensischen Kampagne".

Dabei erwähnte das Blatt lediglich den Spruch, den die Protestierenden auf der Rückseite ihrer T-Shirts trugen: "From Buchenwald to Gaza – From Resistance to Liberation" (Von Buchenwald bis Gaza – vom Widerstand zur Freiheit), obwohl sie sich eindeutig mit einer Aufschrift auf der Vorderseite ihrer Kleidung als "Juden gegen Völkermord" zu erkennen gaben.

FAZ: Böse Kommunisten als falsche Juden?

Wie viele weitere Medien, [darunter der Spiegel](#), hatten sie ihre lückenhaften Berichte offensichtlich einer entsprechend fehlerhaften Meldung der deutschen Nachrichtenagentur *dpa* entnommen. Auch die [Frankfurter Allgemeine Zeitung](#) (FAZ) fabulierte, die "treibende Kraft hinter der Kampagne" sei "die linksradikale Kommunistische Organisation" gewesen, und deren Mitglieder "gaben sich selbst als eine Gruppe von Jüdinnen und Juden aus".

Mit anderen Worten: Die FAZ und ihr Autor Markus Wehner verleumdete die Demonstranten allen Ernstes unterschwellig, keine echten Juden zu sein, sondern Kommunisten, die sich angeblich nur als solche tarnten. Besonders makaber ist das angesichts eines historischen Fakts: In Buchenwald hatten die Nazis besonders viele Kommunisten inhaftiert, von denen viele im Lagerwiderstand organisiert waren, der maßgeblich an der Befreiung des Lagers am 11. April 1945 mitgewirkt hatte.

Einzig einige kleinere Medien hielten journalistische Standards weitgehend ein. Dazu gehören etwa die [Berliner Zeitung](#), die marxistische [Tageszeitung junge Welt](#) und einige kleinere linke Internetblogs. In den reichweitenstarken Leitmedien erfuhr der Leser oder Zuschauer meist nicht einmal, dass Juden am Protest beteiligt waren.

Gedenkstätte verbot Palästina-Symbole ...

Entbrannt war der Streit im vergangenen Sommer. Damals war [eine Handreichung](#) der KZ-Gedenkstätte Buchenwald im thüringischen Weimar öffentlich bekannt geworden, in der sie angeblich antisemitische Symbole aufführt, die sie auf ihrem Gelände verbietet. Dazu gehörten keineswegs nur tatsächlich judenfeindliche "Codes der extremen Rechten", wie zu Beginn der Lektüre noch suggeriert wird. Liest man weiter, wird deutlich, dass unter das Verbot faktisch jedes Symbol fällt, das mit der Unterdrückung der Palästinenser durch Israel, ja allein ihrer bloßen Existenz, nur annähernd in Verbindung gebracht werden könnte.

So unterstellten die Autoren in ihrem "Leitfaden" zum Beispiel sogar den Trägern der als Palästinensertuch bekannten Kufiya, den Vorwurf der Apartheid im Westjordanland oder bezeichneten eine bloße Forderung nach einem Waffenstillstand im Gazastreifen als "israelfeindlich" und "[somit antisemitisch](#)". Allerdings ist die damit zum Ausdruck gebrachte Gleichsetzung des Staates Israel mit "den Juden" nach allen Definitionen selbst antisemitisch.

... und verweigerte Besuchern den Zutritt

Bereits vor dem Bekanntwerden der Broschüre hatte die Gedenkstätte Besuchern mit Kufiya den Zugang verweigert. Eine Betroffene hatte dagegen [vergeblich geklagt](#); das Thüringer Oberverwaltungsgericht beurteilte den Ausschluss später als gerechtfertigt. Zwei antizionistische jüdische Gruppen und mehrere linke und palästinensische Organisationen wollten das nicht hinnehmen. Sie gründeten aus Protest die [Initiative "Kufiyas in Buchenwald"](#) – und meldeten zur diesjährigen Gedenkfeier am 12. April eine Demonstration vor Ort an.

Damit lösten sie einen öffentlichen Shitstorm aus. Die Gedenkstätte wies die "Kampagne Kufiyas in Buchenwald" unter [Berufung auf "Verbände](#) der Überlebenden und Angehörigen" zurück, obwohl an dieser selbst Nachkommen jüdischer KZ-Opfer beteiligt sind. Diverse Medien ätzten wochenlang über angeblichen Missbrauch des deutschen Gedenkens durch "linksradikale Antisemiten". Schließlich bestätigte das Verwaltungsgericht Weimar das von der Stadt verhängte Verbot. Die Aktivisten sollten in der Innenstadt weit [entfernt von der Gedenkstätte](#) protestieren.

Antikommunismus und Verschwörungsgeraune

Das wollten die Gruppen nicht hinnehmen, zumal bürgerliche proisraelische Aktivisten direkte Aktionen angekündigt hatten, um den Protest der antizionistischen Juden zu verhindern. "Das Spiel" habe man "nicht mitspielen" wollen, erklärte die ursprüngliche Anmelderin der verbotenen Kundgebung, Tair B, gegenüber der *Berliner Zeitung*. So verlegte ihre Gruppe den Protest einen Tag vor. Sie meldete ihn nicht an und hielt ihn kurz genug, um nicht von der Polizei abgeräumt zu werden, aber lang genug, um das Video aufzunehmen.

Ihre Botschaft ist angekommen – so sehr, dass die Mainstream-Presse meint, sie der Öffentlichkeit nicht nur zu verschweigen, sondern zugleich – mal wieder – die antikommunistische Keule auszupacken und (mehr oder weniger offen) von einer "linksradikal-islamistischen Weltverschwörung" zu fantasieren: eben das klassische Verschwörungsgeraune und die bekannte Heuchelei par excellence.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln